

# Pressemitteilung

der Stiftung Friedliche Revolution vom 20. Januar 2020

---

## **Petition unterstützt Aufruf für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal in Leipzig**

*Aufruf der Stiftung Friedliche Revolution plädiert für zügigen Neustart beim Denkmalsprojekt*

Leipzig. Der Aufruf der Stiftung Friedliche Revolution für einen Neustart beim geplanten Leipziger Freiheits- und Einheitsdenkmals wird nunmehr auch mit einer Petition unterstützt. Auf der Petitionsplattform WeAct ruft seit Wochenbeginn die Petition „Denk mal an Demokratie – Leipziger Freiheits- und Einheitsdenkmal jetzt!“ dazu auf, den Stiftungs-Aufruf zu unterzeichnen. Ein erster Anlauf für das Denkmal war 2014 nach mehrjährigem Streit und juristischen Querelen vorerst auf Eis gelegt worden. Seitdem gab es wiederholt Impulse für einen Neustart, aber keine konkreten Schritte.

Der Aufruf hatte im November mit prominenter Unterstützung dafür plädiert, das Freiheits- und Einheitsdenkmals in Leipzig im 30. Jahr der Wiedervereinigung ernsthaft in Angriff zu nehmen. In ihrem Aufruf, den namhafte Vertreter aus Politik, Kultur und Wissenschaft in Ost und West<sup>\*)</sup> unterzeichnet haben, verweist die Stiftung auf den Beschluss des Deutschen Bundestages, mit dem Bau eines Denkmals „den Freiheitswillen aller Leipzigerinnen und Leipziger und Bürgerinnen und Bürger der DDR im Herbst 1989 zu würdigen“.

Das stolze Erbe der Friedlichen Revolution müsse nicht nur als „historische Leistung gewürdigt werden, sondern auch unseren Alltag neu inspirieren“, heißt es in dem Text. Demokratie lebe von mündigen, freien, aufrichtigen und kritischen Menschen sowie von Zivilcourage, unterstreicht der Aufruf.

(Weitere Informationen zum Aufruf finden Sie auf [freiheitsdenkmal-leipzig.de](http://freiheitsdenkmal-leipzig.de)).

<sup>\*)</sup>Erstunterzeichner sind u. a. der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, Nobelpreisträgerin Herta Müller, das Schauspielerpaar Anna Loos und Jan Josef Liefers, der Chef der Stasi-Unterlagenbehörde Roland Jahn, der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung Thomas Krüger sowie der frühere sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf.

\* \* \*